

## Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Schwerin gemäß § 78 SGB VIII

Datum: 01.04.2022, 08.45 - 10.45 Uhr

Ort: Videokonferenz bbb-Server

Anwesende:

Träger:

Frau Vonsien (VFJS), Herr Hagen (SODA EJ, Sprecher der AG), Frau Siré (SODA EJ), Herr Reschke (Schule der Künste), Frau Guth (DKSB), Herr Gagzow (Caritas), Frau Brumme (IB), Herr Marquardt (AWO), Frau Pohl (A.M.T.), Herr Böttcher (SSB), Herr Leupold (DRK)

Verwaltung: Herr Ruhl, Herr Klinkenberg, Frau Scholz, Frau Maertz

Entschuldigt: Hr. Siebernik (SJR), Hr. Speidel (KJHV), Frau Thölken (RAA), Herr Glüer (Bauspielplatz e.V.)

Gast:

---

### **TOP 1 Abstimmung der Tagesordnung**

- Aufgrund kurzfristiger, terminlicher Überschneidungen auf Seiten der Verwaltung gab es im Vorfeld eine Abstimmung zwischen den Sprechern der AG und der Verwaltung, aus der folgender Vorschlag unterbreitet wird:
- Die Tagesordnung wird dahingehend angepasst, dass *TOP 4 „Mitteilungen der Verwaltung“* vorangestellt wird, da Herr Ruhl und Herr Klinkenberg die Sitzung vorzeitig verlassen müssen.
- Es gibt keine Gegenstimmen zu diesem Vorschlag

### **TOP 4 Mitteilung der Verwaltung**

Hinweise Planung Projekte/ Maßnahmen 2023/24

- Von Seiten der Verwaltung ist eine Planung für die Umsetzung der JA/JSA/SSA in 2023/2024 vorbereitet.
- Prämissen sind die Sicherung der Schulsozialarbeit sowie der Erhalt des aktuellen Niveaus an Jugend- und Jugendsozialarbeit unter Einbezug der internen und externen Rahmenbedingungen.
- Zu den bislang erwarteten, eventuellen Umstrukturierungen wurde bereits auf betroffene Träger zugegangen, um ggf. andere Lösungen für eine Weiterfinanzierung zu erörtern.
- Eine genauere Planung muss unter Berücksichtigung der konkreten Zahlen erfolgen.
- Haushaltsanmeldungen liegen vor und können zusammengetragen werden, sodass genauere Besprechung dazu zeitnah erfolgen kann.
- Geplant ist ein Treffen zwischen Verwaltung und Sprechern der AG zur Diskussion über die Planung und angemeldete Bedarfe – anschließend soll eine Diskussion im Rahmen der AG und des Jugendhilfeausschusses erfolgen.

Hinweise Abrechnung 2021

- Bis dato fehlen ca. 50 % der Verwendungsnachweise für das Jahr 2021.
- Rechtlich gäbe es Möglichkeiten von Rückforderungen oder Zinserhebung bei Fristüberschreitung.

- Für die Abrechnung des Jahres 2022 ist die Fristeinhaltung zwingend erforderlich, da die Fristen zur Prüfung und Übermittlung an das LAGuS ebenfalls früher terminiert sind.

#### Personalsituation im Bereich der Jugendhilfeplanung

- Bewerbungsgespräche sind erfolgt – Entscheidung getroffen
- Bei positiver Rückmeldung des/r Bewerbers/in erfolgt zeitnahe Stellenbesetzung

#### Anmerkung von Frau Brumme:

- Im Zuge der Antragstellung 2023/2024 kam es zu Irritationen
  - Neue Antragsformulare wurden zur Verfügung gestellt mit Bezug auf eine Richtlinie von 1995 oder 1999
- Richtlinie sollte im Rahmen der AG überarbeitet werden  
 → Bitte um Klarheit und einheitliche Aussagen von Seiten der Verwaltung in Bezug auf Antragstellung (insbesondere Verwaltungsgemeinkostenpauschale, Personal- und Sachkosten)

#### Rückmeldung FD Jugend

- Hinweis auf Gültigkeit der Richtlinie - Zustimmung zur Zielsetzung der Überarbeitung der Richtlinie im Rahmen der AG
- Thematik Antragstellung und Umgang mit Verwaltungsgemeinkostenpauschale wird aktuell intern diskutiert und nach einheitlicher Lösung gesucht
- Kommunikation erfolgt dann an die Träger sofern Klarheit geschaffen ist
- Bsp. aus HzE-Bereich – Verwaltungspauschale von 6,3%, bei höherer Bedarfslage auf Trägerseite hat der Träger dies dem öffentlichen Träger nachzuweisen und wird dieses in einem Erörterungstermin besprochen

Herr Hagen nimmt die Thematik in den Plan für die AG mit auf. Dies wird allgemein befürwortet.

#### Nachfrage von Herrn Gagzow:

- Wie ist zu verstehen, dass Gespräche mit Trägern zu nicht umsetzbaren Projekten erfolgen/erfolgt sind?

#### FD Jugend:

- Sollten bislang geförderte Projekte in Anbetracht der Rahmenbedingungen nicht weiter gefördert werden können, wurde bzw. wird auf die entsprechenden Träger zugegangen zur bilaterale Lösungsfindung
- Es sind bislang keine Planungsgespräche mit jedem einzelnen Träger vorgesehen

### **TOP 2 Blitzlicht: Aktuelle Lage – Ankommen von Familien, Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine – Einbindung in Jugend- und Jugendsozialarbeit, ggf. Auswirkungen Corona**

#### Herr Ruhl schildert aktuelle Lage in Schwerin:

- Aktuell sind ca. 1700 ukrainische Menschen in Schwerin in der Ausländerbehörde erfasst.
- Gespräche zur Steuerung innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns sind mit Landesbehörden erfolgt, da Schwerin überproportional angelaufen wird.
- Die kurzfristige Organisation in Kooperation mit den freien Trägern hat sehr gut funktioniert.
- Die Stadtverwaltung spricht Ihren Dank an die mitwirkenden Träger aus.
- Aktuelle Unterbringungen sind städtischerseits unter anderem das Schullandheim Mueß, die Jugendherberge sowie Notwohnungen der WGS und das Europahotel.
- Täglich erreichen bis zu 100 Menschen Schwerin.

- Es besteht Bestreben, weitere Wohnungen zu akquirieren.
- Besondere Herausforderung ist die Sicherstellung der Betreuung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen.
- Es wurde kurzfristig eine mehrsprachige 24h-Hotline geschaltet.
- Es gab und gibt in kürzester Zeit eine beeindruckende Menge an ehrenamtlichen Helfern und Spenden.
- Ein ausführlicherer Bericht für die Stadtvertretung zu den einzelnen Aktivitäten in der Stadt wurde erstellt, kann bei Interesse zur Verfügung gestellt werden.
- 128 Kinder wurden in 4 Willkommensklassen eingeschult.
- Insgesamt gibt es aktuell ca. 900 ukrainische Kinder und Jugendliche, die zukünftig beschult werden müssen.
- Die ukrainische Währung ist aktuell nicht in Deutschland umtauschbar.
- Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Ankommenden Anspruch auf Sozialleistungen hat.
- Die medizinische Versorgung/ der Gesundheitszustand ist zum Teil problematisch (fehlender Impfstatus, Infektionsgeschehen, Traumatisierung), aber auch in diesem Bereich gibt es kurzfristige, gelingende Kooperationen bspw. zwischen, ehrenamtlich tätigen Mediziner\*innen, dem Gesundheitsamt und den Helios-Kliniken.
- Problematik der kurzfristigen Unterbringung von 68 Waisenkindern:
  - Ausreise wurde vom ukrainischen Ministerium nicht genehmigt
  - kurzfristige Unterbringungsmöglichkeit wurde bereitgestellt
  - Heute Hinweis des ukrainischen Ministeriums erhalten: Kinder sind nicht zur Adoption vorgesehen
  - Aktuell noch Unklarheit darüber, ob diese Kinder in Deutschland ankommen
- Bundesministerium kündigt an, dass Einreise von unbegleiteten minderjährigen Ausländer\*innen (umA) bevorstehen könnte. Die Verwaltung bittet um weitere Unterstützung von Seiten der Träger, sollte dies eintreten.
- Mehr als 90 % der hier angekommenen Geflüchteten sind Frauen und Kinder, Pflegebedürftige, kaum Männer.
- Die Lage ist sehr dynamisch und wird sicher die nächsten Monate anhalten und vor weitere Herausforderungen stellen.
- In Bezug auf weitere Bereitstellung von Mitteln des Integrationsfonds gibt es noch keine Entscheidung auf Landesebene.

#### Anmerkung Fr. Brumme:

- Um zusätzliche bzw. veränderte Bedarfe zu identifizieren und auch über die aktuell vorgehaltenen Angebote zu informieren, sei eine Abstimmung zwischen den Trägern sicher hilfreich.

#### FD Jugend:

- Vorschlag: jeder Träger sendet kurze Auflistung, wo es welche Berührungspunkte zu Bedarfen etc. gibt, die vom Träger vorgehalten werden an die Verwaltung; dies wird gebündelt und anschließend verteilt.
- Rückmeldung der Träger an Fr. Maertz per Mail

#### Frau Siré:

- Wichtig Angebote zu sammeln, aber auch zu veröffentlichen ggf. auch zwei-sprachig mit Verlinkungen zu den Trägern bspw. über Seite der Landeshauptstadt

#### Herr Marquardt:

- begrüßt die Abstimmung und die Verteilung dessen und merkt eine regelmäßige Aktualisierung an
- Hinweis, Veröffentlichungen vorzuselektieren ggf. mit Anmeldung angeben, da aktuell bereits vereinzelt offene Angebote überrannt sind

- aktuelle Situation im Träger:
  - Augenmerk auf Familien in Mueß
  - medizinische Herausforderungen wie bspw. Läusebefall
  - Kinder und Jugendliche zeigen bislang vergleichsweise hohe Kompetenzen in Bezug auf die Alltagsbewältigung, bspw. muss Begleitung des Schulwegs oft nur einmalig erfolgen
  - Ankommens-Management wichtig, aber es tauchen auch erste weitere Thematiken und Problemfelder auf, bspw. erster Fall von häuslicher Gewalt

Herr Hagen:

- erheblicher Ausfall von Mitarbeitenden aufgrund von Quarantäne
- JIM erste Präsenz an Notunterkunft
- im Wüstenschiff wird aktuell ein Angebot vorbereitet
- Idee, Unterbringung von älteren unbegleiteten Jugendlichen im Rahmen von betreuten Wohnen

Herr Klinkenberg:

- dankbar für jede Idee
- bislang vorgehaltene Plätze für umAs sind ausgeschöpft
- auch bei rein personellen oder räumlichen Kapazitäten gern auf die Verwaltung zukommen

Herr Leupold:

- unterschiedlichste geflüchtete Menschen vor Ort
- Sorge um Familien und Angehörige, die in der Ukraine verblieben sind, ist groß
- Unterbringung ohne Privatsphäre (Feldbett mit 20 Menschen in einem Raum)
- alltagspraktische Unterstützung ist sehr hilfreich, wie bspw. jemand kommt und spielt mit den Kindern (im Gegensatz zur Abgabe von Spielsachen)
- Prämissen der Arbeit: sicheres Zuhause bieten; Hygiene und Schutz gewährleisten; ärztliche Betreuung bereitstellen
- nicht nur Erkrankungen aufgrund der Bedingungen auf dem Fluchtweg, auch größere Eingriffe, wie bspw. Abtreibung oder eine Brust-OP sind erforderlich
- auch einige Menschen mit Handicap angekommen
- Prioritäten sind anders gesetzt - Menschen müssen abgeholt und aufgefangen werden,
- bspw. Einsatz von Lotsen wäre hilfreicher, als die Veröffentlichung von Angeboten
- erst einmal das Ankommen gewährleisten, erfordert Zeit und Geduld
- Notunterkunft wird heute in hauptamtlich tätige Hände übergeben

Herr Reschke:

- sehr viele syrische, afghanische, indische Kinder etc. sind nach wie vor Ort
- bislang 3 Kinder aus der Ukraine
- viele Gespräche mit Eltern aller Nationen werden geführt, die zum Teil das Gefühl haben, dass Unterschiede gemacht werden zwischen „anderen Geflüchteten“ und „ukrainischen Geflüchteten“
- selbstverständlich Angebot innerhalb der Öffnungszeiten auch Betreuung und Angebote für ukrainischen Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten

Herr Ruhl:

- Die angesprochene Differenzierung erfolgt nicht von Seiten der Verwaltung, das Problem sei aber bekannt.
- Es wurden ebenfalls Signale wahrgenommen, dass es in Bezug darauf Unmut gibt und erste Spannungen zwischen unterschiedlichen Nationalitäten wahrgenommen werden.
- Aktuell müssen lebensnotwendige Dinge zur Verfügung gestellt werden, was ein hohes Maß an Organisation und Aktion erfordert.

- Angebot einer Wiederholung in diesem Kreis ausschließlich zu dieser Thematik.

Herr Ruhl und Herr Klinkenberg verabschieden sich an dieser Stelle aufgrund von Anschlussterminen.

Frau Vonsien:

- kaum Ressourcen innerhalb der Trägers für weitere Angebote, aktuell stellt bereits die Aufrechterhaltung der bestehenden Angebote vor Herausforderungen
- dennoch Integration in bestehenden Angebote durchaus möglich
- Wahrnehmung von steigender psychischer Belastung auch von Kindern und Jugendlichen, die bislang betreut worden sind, aufgrund von medialer Berichterstattung im Zusammenhang mit Krieg, diese müsse zunehmend thematisiert und aufgefangen werden

Fr. Guth

- Alte Post
  - Sammelstelle für Spenden, aber auch Integrationsmöglichkeit
  - bspw. Ehrenamtliche, die miteinander in Kontakt kommen
  - Ort zum Zusammenkommen
  - erste Überlegungen, wie dies aufrechterhalten werden kann
  - Bauspielplatz habe mobiles Spielangebot vor Ort gemacht
  - den ankommenden Menschen fehle es an den „einfachsten“ Dingen, bspw. Handtücher
- DKSB
  - plant möglicherweise ein Angebot im Bewegungsraum für Mütter mit Kleinkindern
- Nachfrage aktueller Bedarf an Spenden und Ehrenamtlichen?
  - Team vor Ort ist aktuell gut aufgestellt und eingearbeitet
  - Alles was verbraucht wird, wird immer benötigt: bspw. Füller, Blöcke, Schulbedarf allg., Damenhygiene-Artikel, Windeln etc.
  - häufig werde nach Schuhen und Badelatschen gefragt – Schuh-Spenden leider oftmals im desolaten Zustand
  - nicht benötigt wird: Spielzeug, Kinderkleidung, Frauenkleidung

Herr Leupold:

- Angebot im Rahmen eines Videomeetings, Einblick in die aktuelle Lage gewähren und Fragen beantworten - in einem extra Termin
- wird anschließend von Herrn Leupold benannt und an die AG-Mitglieder verteilt

Ergänzung Frau Guth:

- Tafel und Petrusgemeinde sind sehr stark frequentiert
- hoher Bedarf an Lebensmitteln – bei möglicherweise vorhandenen Kontakten, gerne dahin wenden

Herr Böttcher ist leider aus technischen Gründen nicht zu verstehen - Hinweis von Frau Guth:

- Sportvereine sind ebenfalls offen für ukrainische Kinder – alle Angebote sind auf der Homepage des SSB aufgelistet

**TOP 5 Rückmeldungen aus den Geschäftsführenden-Runden zur Aktualisierung der Geschäftsordnung und der Kooperationsvereinbarungen der Trägerverbände (TV)**

Herr Hagen:

- im Trägerverbund 3 und 2 geplante Zukunftswerkstätten anstehend
- daher Vorschlag des Aufschubs der Thematik zur ggf. Einarbeitung der Ergebnisse

Frau Vonsien:

- Kooperationsvereinbarungen sollten definitiv angepasst werden, da aktuell Träger nicht benannt, die aber in den TVs tätig sind

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zum Thema Trägerverbände.

### **TOP 3 „Nutzung von Sportstätten“ – Diskurs über Bedarfe und Möglichkeiten**

Herr Hagen:

- Antrag dazu lag im JHA vor – Thema ist die Nutzung der freien Sporthallen-Zeiten für bspw. Angebote für Familien/ Kinder/ Jugendliche
- Frage nach Möglichkeiten und Bedarfen innerhalb bestehender Angebote im Bereich der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und nach Rückmeldung zu möglichen Zeiten

Frau Maertz:

- Rückmeldung bezüglich noch freier Zeiten steht noch innerhalb der Verwaltung aus, Verwaltung der Sporthallen nicht im Zuständigkeitsbereich Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit/ Prävention, Auskunft wurde angefragt
- inhaltlicher Austausch zu Bedarfen und Möglichkeiten sei dennoch parallel möglich

Es gibt keine Rückmeldung der Träger dazu, sodass die Thematik vorerst vertagt wird.

### **TOP 6 Sonstiges**

- Mittwoch, 06.04.2022, 17.00Uhr – Videotermin zur Thematik „Situation in Notunterkunft“ – Link von Herrn Leupold wird über Herrn Hagen an Mitglieder der AG versendet
- von den Sprechern wird für die Mitglieder der AG ein Termin in der Woche nach Ostern eingestellt, in dem die Diskussionsinhalte mit der Verwaltung zu Bedarfen und Planungen dargestellt und weiter diskutiert werden